

II-5160 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2620/J

1992-03-12

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Müller, Dr. Keppelmüller, DDr. Niederwieser, Strobl, Mag.  
Guggenberger  
und Genossen

an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie  
betreffend den Fortgang der Verhandlungen über die "Alpenkonvention" sowie über die  
Bewerbung Innsbrucks um den Sitz des Konventionssekretariats

Die "merkwürdige Stille" um die Alpenkonvention, deren "formalistischer Teil" vor wenigen  
Monaten in Salzburg von den Alpenstaaten und der EG unterzeichnet wurde, verheißt nichts  
Gutes. Ganz offensichtlich dürften die Arbeiten um die inhaltsbezogenen Annexe in einer  
Sackgasse stecken. Es ist weiters nicht zu übersehen, daß um diese Arbeiten von Seiten des  
Umweltministeriums ein nahezu undurchdringlicher Schleier der Diskretion gelegt wird. So  
wurden bisher weder der zuständige Nationalratsausschuß noch die Ausschüsse der Landtage  
oder die Umweltverbände über den Fortgang informiert bzw. offiziell zur Mitarbeit  
eingeladen.

Auch bezüglich der Bewerbung Innsbrucks um den Sitz eines zukünftigen ständigen  
Sekretariats ("Alpenschutzzentrum") herrscht tiefes Schweigen. Diese Bewerbung wurde auf  
Antrag von Umweltstadtrat Dr. Rettenmoser bereits am 24.1.1991 vom Innsbrucker  
Gemeinderat beschlossen. Dem Vernehmen nach befindet sich unter den Bewerbern um dieses  
Zentrum jedoch keine österreichische Stadt - angeführt werden Genf, Bozen und das  
Fürstentum Liechtenstein.

Dies alles nötigt die unterzeichneten Abgeordneten, an die Bundesministerin für Umwelt,  
Jugend und Familie nachstehende

Anfrage

zu richten:

1. Auf welchem - kurz zusammenfassenden - Stand befinden sich die Arbeiten der  
sogenannten "Subarbeitsgruppen"?

2. Wann werden Sie das Parlament, die Landtage, die alpinen Verbände und Umweltschutzorganisationen über den Fortgang der Arbeiten informieren?
3. Wie lange noch werden Sie auf die Mitwirkung der in Punkt 2 angeführten Institutionen und Organisationen verzichten?
4. Warum verstärken Sie das österreichische Verhandlungskomitee nicht durch engagierte Persönlichkeiten außerhalb der Verwaltung?
5. Welche Maßnahmen haben Sie ergriffen, um dem Wunsch Innsbrucks als Sitzgemeinde des Alpenkonventionssekretariates nachzukommen?